



Antwort zur Anfrage Nr. 0502/2022 der AfD-Stadtratsfraktion betreffend **Situation der russischstämmigen Bevölkerung und Aussiedler in Mainz (AfD)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Fragen werden, auch nach eingeholter Stellungnahme des Polizeipräsidiums Mainz, aufgrund des Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

1. **Sind der Stadtverwaltung und Polizeibehörde diesbezügliche Vorfälle in Mainz bekannt?**
  - a) **Wenn ja, wie viele und welche Vorfälle gab es in Mainz?**
2. **Welche Maßnahmen wurden diesbezüglich von der Verwaltung ergriffen?**

Die Polizei und die Verwaltung haben die Sicherheit und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Das Polizeipräsidium Mainz gibt an, entsprechenden Gefahren konsequent bei niedriger Einschreitschwelle zu begegnen. Nach öffentlichen Angaben des Bundeskriminalamtes würden seit Beginn des Krieges wöchentlich 200 anti-russisch bzw. anti-ukrainische Straftaten festgestellt. Im Stadtgebiet Mainz sei seit Kriegsbeginn eine gefährliche Körperverletzung mit anti-russischer Zielrichtung polizeilich registriert worden. Weitere Straftaten oder Übergriffe im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen im Stadtgebiet Mainz konnte das Polizeipräsidium nicht feststellen. Dieses beobachtet dennoch die weitere Entwicklung sehr aufmerksam, um bei Rechtsverstößen konsequent einzuschreiten.

Seitens der Verwaltung wurden keine gesonderten Maßnahmen in diesem Zusammenhang ergriffen, da die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten, wie auch deren Aufklärung, Aufgabe der Polizei ist.

3. **Gibt es Kontakte und eine Abstimmung in dieser Frage zwischen der Stadtverwaltung und der Orthodoxen Gemeinde des HI Christophorus Mainz?**
  - a) **Wenn ja, in welcher Form?**
  - b) **Wenn nein, warum nicht?**

Nein, es gibt keine Kontakte mit der genannten Gemeinde. Hierfür wird seitens der Verwaltung kein Bedarf gesehen. Auch ist die Gemeinde nicht aktiv an die Verwaltung herangetreten.

Mainz, 25.05.2022

gez.  
Manuela Matz  
Beigeordnete